Niederdeutsches Wort

BEITRÄGE ZUR NIEDERDEUTSCHEN PHILOLOGIE

Im Auftrag der Kommission
für Mundart- und Namenforschung Westfalens

herausgegeben von
JÜRGEN MACHA

Schriftleitung
HANS TAUBKEN
in Zusammenarbeit mit
ROBERT DAMME

Band 47/48
2007/2008

ASCHENDORFF · MÜNSTER

Das NIEDERDEUTSCHE WORT wird veröffentlicht von der Kommission für Mundart- und Namenforschung Westfalens des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe unter Mitarbeit der Abteilung Niederdeutsche Sprache und Literatur des Germanistischen Instituts der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Eingesandte Manuskripte werden von einem Redaktionsgremium geprüft. Die Zeitschrift erscheint jährlich in einem Band.

Redaktionsadressen:

Prof. Dr. JÜRGEN MACHA, Germanistisches Institut,
Abt. Sprachwissenschaft, Johannisstraße 1-4, 48143 Münster,
E-Mail: macha@uni-muenster.de

Prof. Dr. HANS TAUBKEN, Kommission für Mundart- und Namenforschung Westfalens,
Robert-Koch-Straße 29, 48149 Münster, E-Mail: hans.taubken@lwl.org

Gefördert mit einem Zuschuss
der Departements *Taalkunde* und *Internationale Bedrijfscommunicatie*
der Universität Antwerpen

Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster

© 2007 Kommission für Mundart- und Namenforschung Westfalens,
Robert-Koch-Straße 29, 48149 Münster

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch nur bei auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Die Vergütungsansprüche des § 54, Abs. 2, UrhG, werden durch die Verwertungsgesellschaft Wort wahrgenommen.

Satzherstellung: Tom F. H. Smits, Antwerpen;
Kommission für Mundart- und Namenforschung Westfalens

Druck und Herstellung: Griebsch & Rochol Druck GmbH und Co. KG, Hamm

ISSN 0078-0545

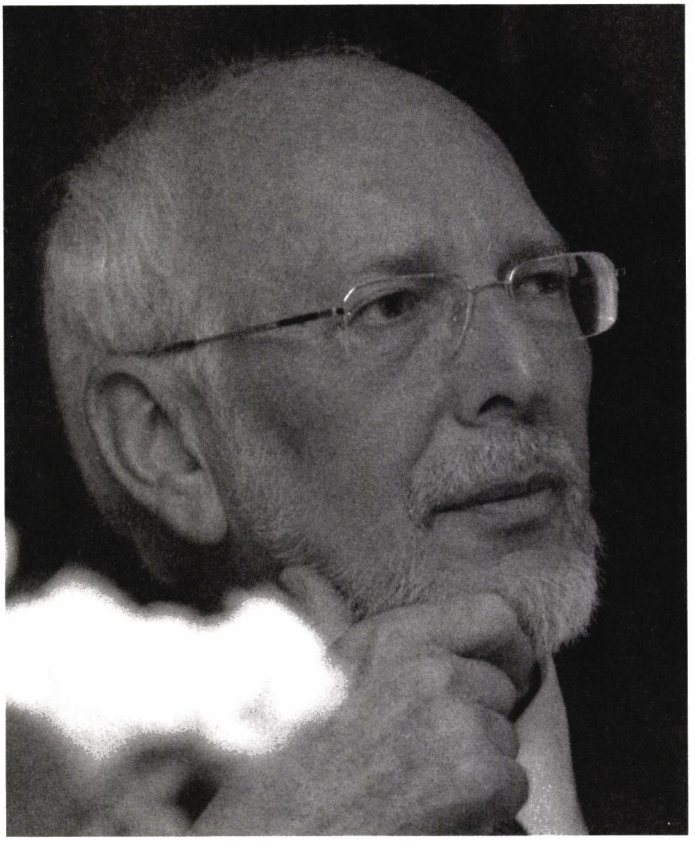
Schat der
Neder-duytscher spraken

Funde niederdeutscher Forschung

Liber amicorum
für
Ludger Kremer

herausgegeben von

Tom F.H. Smits



Inhalt des Bandes 47/48 (2007/2008)

Schat der Neder-duytscher spraken 1

Sprachkontakt – Sprachvergleich

Jan Berns: Nijmeegse stadstaal uit de 17de eeuw. De Wederwaardigheden van Willemken van Wanray als remonstrantse weduwe in 1619 en 1622 te Nijmegen doorstaan en vervolgens eigenhandig opgetekend 9

Hermann Niebaum: Aspekte der Groninger Urkundensprache 17

Georg Cornelissen: Isseldialektologie. Zur Flexionsmorphologie der Dialekte im kleverländisch-westmünsterländischen Übergangsgebiet 33

Dzintra Lele-Rozentāle: Sprachkontakte und nationale Segregation. Einige Beobachtungen zum niederdeutsch-lettischen Mit-, Neben- und Gegeneinander 43

Jan Wirrer: *„Köhlige Luft"* – oder: *„Air conditioning wasn't even used 50 years ago"* 57

Peter Hans Nelde†: Kontaktlinguistische Konzepte für eine europäische Sprachpolitik der Mehrsprachigkeit 67

Sture Ureland: Eurolinguistics, European citizenship and nationalism in the Baltic Sea Region and Central Europe 79

Luc de Grauwe: Mnl. frühnnl. mnd. *spad(ig)e regen* / hd. *spæter regen,* ein Theodismus 97

Leopold Schütte: „Gebrauchsweisen" statt „Bedeutungen". Was ist „diachrone semantiek"? 113

Tanja Mortelmans: Modalverben im Niederdeutschen. Ansatz zu einem Vergleich mit dem Modalverbbestand im Deutschen und im Niederländischen 135

Hans Verboven: Ein anlautbedingter Genusunterschied zwischen Niederländisch und (Nieder-)Deutsch 149

Elisabeth Piirainen: Niederdeutsche Phraseologie in europäischen Bezügen 159

Westfalica

Robert Peters: Die Bewertung der sprachlichen Verhältnisse in Münster in der Mitte des 19. Jahrhunderts durch Ferdinand Zumbroock 177

Robert Damme: *Craam* aus Antwerpen. Die ›Gemmen‹ als eine Quelle für den Zusatztext im münsterischen ›Vocabularius In quo‹ 191

Jana Jürgs: „Bestseller" ihrer Zeit. Zur Bedeutung katechetischer Literatur für die laikale (Lese-)Kultur im Spätmittelalter 207

Friedel Helga Roolfs: Die Rezeption geistlicher Literatur im münsterischen Schwesternhaus Niesing 221

Gunhild Roth: Zur Reisebeschreibung des Arnold von Harff und ihrer westfälischen Überlieferung 233

Volker Honemann: Frensweger ‚Ermahnung und Lehre' an ein „gefallenes Mädchen": Der ‚Traktat gegen weltliche Minne' 277

Ulrich Töns: Der Verfasser des ‚Traktats gegen weltliche Minne'..... 289

Pragmatik – Soziolinguistik – Namenkunde

Dieter Möhn: Mittelniederdeutsche Texte zwischen Schriftlichkeit und Mündlichkeit. Stellvertreter eines Übergangs und ihre Ursachen 305

Jürgen Macha: Pragmatik und Sprachrealität. Eine dialektologische Forschungsskizze 317

Dietrich Hartmann: *Alles klar?* Ein Vorschlag zur Klassifizierung satzwertiger Phraseologismen im Licht der gesprochenen Sprache 327

Sonja Vandermeeren: Einstellungen zum Niederdeutschen: eine Umfrage unter Kieler Studenten 343

Ulrich Scheuermann: *Elliehäuser Anger* vs. *Elljehüscher Anger.* De-onymische Adjektivableitungen als Bestimmungswörter in Mikrotoponymen 357

Pierre Hessmann: Bergnamen um Höxter 391

Rudolf A. Ebeling: Zu den Norderneyer Vornamen des 18. und 19. Jahrhunderts 399

Jan Goossens: Dreimal *Kremer* 409

*

Tom F.H. Smits: Veröffentlichungen von Ludger Kremer..... 417

Peter Hans Nelde†, Brüssel (B)

Kontaktlinguistische Konzepte für eine europäische Sprachpolitik der Mehrsprachigkeit

1. Mehrsprachigkeit heute

Die längst fällige Konfliktanalyse sämtlicher europäischer Minderheitssprachen unter dem Titel „Euromosaic – Produktion und Reproduktion der Minderheiten-Sprachgemeinschaften in der Europäischen Union" aus den Jahren 1996, 1999 und 2004 befasste sich mit mehr als 100 Minderheitssprachen der Europäischen Union (EU), stellte besonders gründlich untersuchte Sprachgruppen in den Mittelpunkt der Studie und bereicherte die Mehrsprachigkeitsforschung um wesentliche – vor allem zukunftsgerichtete – Aspekte. Damit haben Sprachplanung und Sprachpolitik – nunmehr auch nach außen sichtbar – Eingang in die Kulturplanung der Mitgliedsländer der EU gefunden. Neu dürften zudem einige kontaktlinguistische Perspektiven sein, die sich auf die Mehrsprachigkeit der nächsten Jahre auswirken werden:

Mehrsprachigkeit ist nicht länger eine Ausnahmeregelung für sprachlich-kulturell gemischte Länder Europas, sondern wird – ähnlich wie in Afrika und Asien – Allgemeingut und in der Bildungspolitik vieler Mitgliedsländer bereits selbstverständlich.

Während die kontaktlinguistische Literatur der sechziger Jahre noch von der Annahme ausging, dass Minderheiten, die zunehmend zweisprachig werden, Gefahr laufen, ihre Erstsprache zu verlieren, dient Mehrsprachigkeit heute häufig als wirtschaftlicher und beruflicher Motor, um den Lebensstandard zu erhöhen – man denke nur an den grenzüberschreitenden Verkehr, Translationsberufe oder supranationale Arbeitgeber.

Wirtschaftsfaktoren wie die Globalisierung, die offensichtlich die großen Sprachen fördern, sind nicht denkbar ohne starke Regionalisierungsbestrebungen, die den kleinen und mittleren Sprachen in einem mehrsprachigen Kontext auf vielen Ebenen neue Überlebenschancen vermitteln.

Die jüngsten Entwicklungen haben von der Jahrzehnte alten Dauerdefensivhaltung kleiner und kleinster Sprachen – charakteristische Beispiele liefern Sorben, Bretonen, Ladiner, Kaschuben und Walliser – zu einem neuen Argumentationsverständnis geführt, das die Vorteile des mehrsprachigen Minderheitssprechers im neuen europäischen Diskurs betont und somit in die Offensive geht. Der mehrsprachige Kleinsprachensprecher muss seine Identität nicht mehr verleugnen und sich nicht mehr ausschließlich den Mehrheits- und Prestigesprachen anpassen, sondern sein Widerpart, der Einsprachige, hat gegenwärtig viel mehr Schwierigkeiten als in der Vergangenheit, in einem vielsprachigen und multikulturellen Europa seine Ansichten einsprachig durchzusetzen.

2. Minderheitssprachen als Europasprachen?

Um die Politisierung und Ideologisierung von Sprachenbewertung und Sprachenhierarchisierung besser zu verstehen, stelle man sich für einen Augenblick vor, dass Kontaktlinguisten versuchen würden, eine Verkehrssprache für Europa vorzuschlagen, ohne Rücksichtnahme auf politische Regelungen und Gesetze, auf Bürokratie und Nationalismus, kurz, ohne Rücksicht auf die politische Realität. Sicherlich würde man den Vorschlag an einige Voraussetzungen und Vorbedingungen knüpfen und vorzugsweise eine bereits vorhandene, lebende Mehrheits- oder Minderheitssprache eines der Mitgliedsländer der EU zum Favoriten küren. Demnach würde eine Sprachgemeinschaft bevorzugt

1) mit offenen Grenzen, ähnlich einem „Schengen"-Land;
2) mit einer sozial progressiven Sprachgemeinschaft;
3) mit einer prosperierenden Wirtschaft;
4) die militärisch nicht dominiert;
5) ohne eine peinliche Kolonialvergangenheit;
6) mit einer parlamentarischen Demokratie ohne imperialistische Neigungen;
7) mit einer Pro-Maastricht-, Pro-Amsterdam-, Pro-Nizza-, Pro-Barcelona-Einstellung;
8) die kulturell offen und kosmopolitisch ausgerichtet ist;
9) mit einer höchstens mittelgroßen Sprache in einer mehrsprachigen und multikulturellen Umgebung;
10) mit einem den Nachbar- und anderen europäischen Sprachen verwandten Idiom;
11) mit einer standardisierten Sprache, die auch in anderen Ländern verstanden wird.

Eine mögliche Antwort auf diesen eklektischen Bedingungskatalog könnte zum Beispiel Sorbisch, Friesisch, Ladinisch oder irgendeine andere Minderheitssprache sein, die somit zur europäischen Verkehrssprache erhoben zu werden verdient, da diese Sprachen die theoretischen Bedingungen für eine Europasprache deutlich besser erfüllen als die gegenwärtigen Hauptsprachen der Union. Leider sind jedoch nicht Kontaktlinguisten, Idealisten oder Kulturpolitiker, sondern ausschließlich nationale Politiker für die europäische Sprachplanung zuständig, so dass die kontaktlinguistische Verkehrssprachenlösung – z.B. Ladinisch als internationale Sprache – keinerlei Aussicht auf Erfolg hat und somit die Frage nach einer internationalen Sprache für alle Europäer auch weiterhin offen bleiben muss.

3. Gegenwärtige Sprachenpolitik Europas

Und doch verdienen sich anbahnende Änderungen in der europäischen Sprachenpolitik unsere verstärkte Beachtung.

Die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts stellen offensichtlich erhöhte Anforderungen an die Sprecher, sich stärker als in der Vergangenheit in Richtung einer „Neuen Mehrsprachigkeit" zu bewegen.

Das Experiment der EU, 20 Amts- und Arbeitssprachen anzuerkennen und einzusetzen, ist in der Geschichte der Menschheit einmalig und hat sich bereits seit Einführung dieser Sprachenstruktur bewährt. Sprachliche und kulturelle Diskriminierung hat im Bereich der Union seither eher ab- als zugenommen. Dies unterstreichen eine Reihe von sozioökonomischen und gesellschaftspolitischen Entwicklungstendenzen, die die Notwendigkeit einer Neuen Mehrsprachigkeit für die nächsten Jahrzehnte noch verdeutlichen:

Die Bedeutung der Nationalstaaten und die Souveränität ihrer Regierungen hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Nationalstaatliche Befugnisse in den meisten gesellschaftlichen Domänen werden von „Brüssel" bzw. „Straßburg" oder „Luxemburg" übernommen, wodurch sich die Zuständigkeiten der EU-Mitgliedstaaten und ihrer Regierungen reduzieren.

Neoliberalismus und Internationalisierung begünstigen Tendenzen der Globalisierung, die die spezifisch nationalen wirtschaftlichen und kulturellen gesetzgeberischen Möglichkeiten der Einzelstaaten weiterhin aushöhlen und ihre Wirksamkeit verringern.

Vielleicht lässt sich die Mehrsprachigkeit Europas vereinfachender und übersichtlicher wie folgt einteilen: Gesamteuropa spricht mehr als 150 Sprachen (Europa I); in der EU werden neben den 20 Amts- und Arbeitssprachen noch ca. mehr als 80 Minderheitssprachen gesprochen, also insgesamt über 100 eigenständige Sprachen (Europa II); nach der voraussichtlichen Erweiterung in Richtung Südosten wird die EU vermutlich zwischen 110 und 120 Amts- und Minderheitssprachen umfassen (Europa III).

Wenn überhaupt, dann kann ein solch unübersichtliches Knäuel von Sprachen und Kulturen, bei dessen zahlenmäßiger Schätzung die millionenstarken allochthonen Sprachgemeinschaften für diesen Fall unberücksichtigt bleiben, wohl nur von einer ausgereiften Sprachplanung und Sprachenpolitik administrativ bewältigt werden.

Allerdings wollen wir darauf hinweisen, dass die gegenwärtigen Sprachkonflikte in Europa nicht nur historischen Charakter haben, sondern von europäischen Sprachpolitikern bereits für die Zukunft vorprogrammiert sind. Es gibt neben den traditionellen Sprachkonflikten mit historischen Bezügen, wie wir sie von den zahlreichen autochthonen Minderheiten kennen, zudem die gegenwärtigen Konflikte zwischen Migranten und einheimischer Bevölkerung, die für oder gegen ihre Assimilation, Integration etc. kämpfen. Hier handelt es sich um „natürliche" Konflikte, die ich von den „künstlichen" und durch die Schaffung neuer (sprach-)politischer Strukturen selbst erzeugten Konflikte unterscheiden möchte.

Gerade letztere führen zu einem Vergleich des alten Babel mit dem modernen Brüssel: 4000 bis 5000 Übersetzer und Dolmetscher, die im Europa II in – augenblicklich – zwanzig Amts- und Arbeitssprachen arbeiten, häufig beeinflusst und bedrängt von ein paar Dutzend Minderheitssprachen, von denen viele um ihr Überleben kämpfen. Fast ein Zahlenspiel: Wenn es neunzehn Möglichkeiten gibt, zwanzig

Sprachen zu verwenden, dann ergeben sich daraus dreihundertachtzig Kombinationen, eine Vielzahl, die der flämische Maler Pieter Breughel bei der Anfertigung seines im Kunsthistorischen Museum Wiens zu bewundernden berühmten Gemäldes „Der Turmbau zu Babel" wohl noch nicht berücksichtigen konnte, da die Fensterhöhlen seines Gebäudes nicht die ausreichende Zahl von Simultandolmetscher-Kabinen – als die man diese Nischen interpretieren könnte – enthält, die die gegenwärtige EU-Kommission zur sprachengerechten Kommunikation benötigt.

Es dürfte deutlich sein, dass auch die Schaffung eines einheitlichen Europas keine automatische Lösung für natürlich gewachsene oder künstlich geschaffene Konflikte garantiert. Welche Lösungsmöglichkeiten bieten sich als gemeineuropäischer Sprachenkanon demnach an?

- die Einführung einer Plansprache (Esperanto, Neolatein, Gebärdensprache u.Ä.);
- die Übernahme einer starken internationalen Verkehrssprache als lingua franca (Englisch);
- die Bevorzugung von wenigen Leitsprachen (Deutsch, Französisch, Englisch und eventuell Italienisch oder Spanisch plus eventuell einer slawischen Sprache);
- die Beibehaltung des Status quo (zwanzig Amts- und Arbeitssprachen).

Kann der gegenwärtige Zustand, der der letztgenannten Lösungsmöglichkeit entspricht, also die Akzeptanz der Sprachenvielfalt, weiter ausgebaut und fortgesetzt werden? Zur Vermeidung babylonischer Verhältnisse werden sicher Einschränkungen der großzügigen Sprachenfreiheit in Kauf genommen werden müssen. Die Erweiterung der EU wird das Schema der automatischen Anerkennung von Nationalsprachen als Gemeinschaftssprachen durchbrechen müssen und statt der vierten Lösung die dritte oder eine weitere ins Gespräch bringen.

Bis heute gibt es weder eine Einigung über die genaue Zahl der Minderheitssprachen und ihrer Sprecher im Europa II (unzuverlässigen Schätzungen zufolge handelt es sich um 50 bis 75 Millionen Sprecher bei ungefähr 480 Millionen Einwohnern), noch über ihre Bezeichnung. Etwas hilflos und künstlich klingt der aus dem Französischen ins Deutsche übernommene Terminus „weniger verbreitete Sprachen" („langues moins répandues"), die allerdings im Englischen zu den terminologisch und semantisch keineswegs deckungsgleichen „lesser used languages" mutieren. Zudem fehlen noch stets gemeinsame sprachpolitische Richtlinien für diese wegen ihrer historisch gewachsenen Sozialstrukturen wohl unvergleichlichen und unvergleichbaren Sprachgemeinschaften. Ohne die beispielhafte Zurückhaltung der meisten Minderheitensprachpolitiker wären neue Konflikte mit den Mehrheitssprachen kaum vermeidbar.

4. Bildungspolitik und Schule

Da in Zentraleuropa die Bildungspolitik mit der Schulpolitik häufig kongruent ist, sollte Mehrsprachigkeit im Unterricht einen höheren Stellenwert als in der Vergangenheit erhalten. Bildungspolitische Maßnahmen spielen mit ihren sprachpolitischen Auswirkungen auch im Falle der jüngst so häufig diskutierten so genannten Revita-

lisierung kleiner Sprachen (vgl. J. FISHMAN – so in FISHMAN (1991, 1996) – mit seinen wiederholt überarbeiteten Fassungen seiner Studie „How to reverse language shift?") eine bedeutende Rolle. Hierbei wird jedoch gelegentlich vergessen, dass erstens Revitalisierungsmodelle ein soziales Funktionieren der Minderheitssprache im Alltag voraussetzen und zweitens, dass die Schule als alleinige und damit isolierte Revitalisierungsmaßnahme schwerlich erfolgreich sein kann. Es sei in diesem Zusammenhang nur an Misserfolge im mehrsprachigen Unterricht erinnert, die von einer subtraktiven Mehrsprachigkeit ausgeht, das heißt von dem ungenügenden Vertrautsein mit der Basisstruktur, oder die eine ungenügend als Wahlfach oktroyierte so genannte Regionalsprache und -kultur im Unterricht förderte, welche einseitig volkskundliche Besonderheiten (z.B. Bräuche, Trachten und Feste) in den Vordergrund stellte. Dieses *Folkloremodell* hat deshalb auf die Revitalisierung einer Minderheit genauso wenig positive Auswirkungen wie die so genannten *Universalmodelle* („English worldwide", „Deutsch für alle"), die die Besonderheit von Sprache und Kultur in ihrem natürlichen Kontext („Biotop") nicht berücksichtigen.

Wenn allerdings die Sozialfunktion von Sprache im Alltag gewährleistet ist, kann die Schule mit ihrer Bildungs- und Sprachplanung gewissermaßen als Netzwerk konzertierter Revitalisierungsmaßnahmen die Sprachentwicklung des Minderheitennachwuchses nachdrücklich positiv beeinflussen.

1) Im *Schulsprachenidentifikationsmodell*, wie wir es von der kroatischen Minderheit in Fünfkirchen (Ungarn) oder der dänischen Minderheit im Norden Schleswig-Holsteins oder von der russischen Sprachgemeinschaft in Lettland kennen, ist das Prestige des Unterrichtssystems der kleinen Sprachgemeinschaften so groß, dass die Schulsprache über die Kinder wiederum die Familiensprache beeinflusst, dort gepflegt wird und damit zur sprachlich-kulturellen Wiederbelebung der Minderheitssprache beiträgt.

2) Teilerfolge erzielte das in Nordgriechenland, den Balkanstaaten und auf der iberischen Halbinsel versuchsweise eingeführte *Remigrationsmodell*, wobei die aus Deutschland zurückkehrenden Gastarbeiter das Prestige des Deutschen als internationale Sprache nutzten und ihre zuvor in Deutsch unterrichteten Kinder in ihrem Heimatland im Deutschunterricht aktiv mit dem Fremdsprachenlehrer zusammenarbeiteten, um „Partnersprachen" so natürlich wie möglich zu erlernen.

3) Ein gutes Beispiel für den Netzwerkcharakter liefern die synergetischen und konzertierten *Partizipationsmodelle*, wie sie in Wales und Irland wegen des übergroßen Impakts des Englischen zur Anwendung gelangen und sich dabei vor allem auf ökonomische (Produktwerbung), informationstechnologische (Telematik) und mediale (Werbung) Mehrfachkonzepte stützen. Hierbei wird als besonders positiv erfahren, dass die Minderheit sich auch der öffentlichen Domänen bedient, was die dringend erforderliche Sozialfunktion von Sprache bedeutend erhöht.

4) Das *Belgienmodell*, das in leicht abgewandelter Form auch in Ungarn, Finnland und der Schweiz zum Einsatz gelangt, orientiert sich in Nachfolge des amerikanischen Modells der „affirmative action" an den Grundsätzen der positiven Dis-

kriminierung mit dem Ziel der Prestigeerhöhung der Minderheitssprache (etwa durch eine geringere Klassenstärke im Unterricht der Minderheitsschüler, ein angepasstes, auf die kulturellen Bedürfnisse der Minderheit Rücksicht nehmendes Curriculum oder durch unterschiedliche Gehalts- und Ferienregelung für die mehrsprachigen Lehrer). Ein solches Modell geht allerdings von der grundsätzlichen Einsprachigkeit von Minderheitsschulen aus.

5) Alle europäischen Hauptstädte mit einem hohen Anteil an Mehrsprachigkeit und Multikulturalismus experimentieren mit *Elitemodellen*. „Auswahlschüler begüterter Klassen" finden wir in so genannten internationalen und Europaschulen. Hier ist die hohe Motivation der Schüler, deren Eltern regelmäßig in andere Länder und damit andere Bildungssysteme umziehen, nicht verwunderlich, da Mehrsprachigkeit hier zum beruflichen Bedingungsgefüge gehört. Besonders erfolgreich (und überaus aufwendig) ist dieses Modell, wenn Zweisprachigkeit intensiver dadurch gefördert wird, dass unterschiedliche Muttersprachler dasselbe Fach in derselben Klasse unterrichten (z.B. Englisch und Deutsch am Kennedygymnasium in Berlin).

6) *Immersionsmodelle* (etwa als Total- oder Teilimmersion) sind unter anderer Bezeichnung weltweit vertreten und scheinen, wie das bekannte kanadische Modell zeigt, vor allem bei einer „starken" Muttersprache und einer gesicherten sozioökonomischen Stellung von Sprache und Kultur zu funktionieren. So ist das ursprünglich aus dem französischen Montreal (Quebec) stammende Modell im anglophonen Toronto (Ontario) sehr viel erfolgreicher als in Quebec, da hier der verspätete Einsatz des Englischen wegen seiner gefestigten Rolle als Muttersprache nach der Schulerstsprache Französisch anscheinend den anglophonen Schülern nicht zum Nachteil gereicht.

7) Das *ABCM-Zweisprachigkeitsmodell* Elsass-Lothringens zielt auf eine quantitative Unterrichtssymmetrie, wobei die Hälfte des Unterrichts der Minderheitssprache vorbehalten sein sollte. Da die soziale Wirklichkeit jedoch nicht von der Schulwirklichkeit reflektiert wird – die Muttersprache ist „sozial degradiert", das gesamte soziale Umfeld französisch und die nicht standardisierten Mundarten als Unterrichtssprache untauglich – setzt sich die Asymmetrie der Alltagsdomänen im Bewusstsein der Schüler fort, so dass die dauerhaften Erfolge dieses Modells sich noch nicht in überzeugender Deutlichkeit abzeichnen.

8) Das didaktisch gut vorbereitete *Baskische Modell* geht einen Schritt weiter, indem es neben die Mehrheitssprachenklassen als Zielvorstellung Minderheitsklassen stellt, die über so genannte Transitklassen erreicht werden können. Auch hier liegt der Erfolg in dem größeren sozialen Umfeld der Minderheitssprache, die für ihre Schüler zahlreiche Berufsanreize in der Verwaltung und der Lokalregierung der Minderheit bietet.

9) Für europäische Minderheiten weniger tauglich ist das *Afrikamodell*, das zwar im Grundschulbereich für autochthone Minderheiten hervorragende Ergebnisse zeitigt (so z.B. für die kleinen Sprachgemeinschaften in Namibia und Südafrika), jedoch in Ermangelung eines strukturellen Oberbaus im Bildungssystem (fehlende

Sekundarschulen und Universitäten in den Minderheitssprachen) viel zu früh auf die Mehrheitsstrukturen (üblicherweise die ehemaligen Kolonialsprachen) zurückgreifen muss.

Bleiben wir bei unserem Europasprachenvorschlag und wählen aus dem umfangreichen Katalog europäischer Minderheitssprachen für unseren Zweck das in Deutschland zur Zeit intensiv diskutierte Beispiel des Sorbischen

10) Sollten sich aus den vorangegangenen Überlegungen Folgerungen beispielsweise für ein *Sorbisches Modell* ergeben? Die zahlreichen Mehrsprachigkeitsmodelle zeigen, dass der bildungspolitischen Phantasie hierbei keine Grenzen gesetzt sind: So stellt sich die Frage, ob die schrittweise Erhöhung der Stundenzahl im Sorbischen nicht im Gleichklang mit weiteren Revitalisierungsmaßnahmen erfolgen müsse – so in der Wirtschaft, der Werbung, der Verwaltung, der durchgehenden Zweisprachigkeit sämtlicher Ämter, eigenen „minderheitsspezifischen" Institutionen mit Sorbisch als Verkehrssprache? Kann die Attraktivität des Sorbischen durch eine verstärkte Mehrsprachigkeit in der Schule erhöht werden, wobei neben dem Englischen und Französischen auch das Sorbische als Brückensprache zum Polnischen, Tschechischen oder – im Sinne der Erweiterung der EU nach Osten – zum Russischen eine Rolle spielen könnte? Auf den sozioökonomischen Prüfstand gehören dann allerdings auch die Berufsmöglichkeiten in den sorbischen Regionen und vor allem die Lehrerausbildung, die wenigstens zum Teil in den sorbischen „Hauptstädten" Cottbus und Bautzen stattfinden könnte. Eine gründliche Machbarkeitsstudie zur tatsächlich möglichen Revitalisierung des Sorbischen ist offensichtlich vonnöten.

Ähnliche Überlegungen ließen sich ohne weiteres am Beispiel anderer europäischer Minderheitssprachen wie des Ladinischen oder des Westfriesischen anstellen.

5. Neubewertung und Ausblick

Kann eine europäische Sprachpolitik im Blick auf die Zukunft – vor allem im Blick auf die Erweiterung der EU – für ein friedliches Nebeneinander von kleinen, mittleren und großen Sprachen sorgen? Hierzu drei Vorüberlegungen und drei Vorschläge:

1) EU-Minderheiten sind gemeinschaftspolitisch schwer zu (er)fassen. Der Anteil der Minderheitssprecher unter den 480 Millionen Unionsbürgern im Jahre 2007, wie bereits angedeutet, wird auf ein Zehntel bis ein Sechstel der Gesamteinwohnerzahl geschätzt – eine so erstaunliche Diskrepanz, ein so vager Schätzwert, dass nur ideologische, nationalistische und allgemein politische Gründe für die unterschiedlichen Zählungen haftbar gemacht werden können (NELDE 2001a: 27). Zu den Minderheitssprechern gehören innerhalb der EU völlig emanzipierte und den Mehrheitssprachen zuweilen gleichrangige Sprachgemeinschaften wie die Katalanen in Spanien, die Schweden in Finnland, die Russen in den baltischen Staaten und die Deutschen in Belgien neben nur schwer nachweisbaren und sich im sprachpolitischen Leben Europas sehr viel weniger profilierenden Gruppen wie den Okzitaniern in

Frankreich, den Aromunen in Griechenland, den Kaschuben in Polen oder den Griechen in Italien. Wie sehr sich die sprachpolitische Wirklichkeit vom Wunschdenken kleiner Sprachgemeinschaften entfernt, zeigen Hans GOEBLs jüngste Arbeiten (GOEBL 2002) zu den Geister- und Traumsprachen („Langues fantasmagoriques et orniques", „Ghost and dream languages"). Die Bedürfnisse kleiner Sprachgemeinschaften, ihre Wünsche und Forderungen an Europa und eine europäische Sprachpolitik sind deshalb völlig unterschiedlich und schwerlich auf einen Nenner zu bringen.

2) Von der nationalen Presse und den europäischen Medien bisher wenig beachtet, kommt allmählich eine Europäisierung der Gesetzgebung zum Tragen, die eine schleichende Machtreduktion der Nationalstaaten – mit deutlichen Auswirkungen auf den Kulturbereich – zur Folge hat. Europäische Politiker schätzen, dass über ein Fünftel der nationalstaatlichen Befugnisse inzwischen auf die europäische Ebene übertragen und somit der Obhut Brüssels übergeben wurden. Blair, Merkel und de Villepin haben deshalb bereits deutlich weniger Spielraum bei nationalen Entscheidungen als ihre Vorgänger Major, Schröder und Raffarin (NELDE 2001b: 200-201). Es käme sicherlich den kleinen Sprachgemeinschaften zugute, wenn das im Entstehen begriffene nationale Machtvakuum – eine derartige Entwicklung beginnt sich stets deutlicher abzuzeichnen – durch Verknüpfung einer supranationalen (europäischen) mit einer regionalistischen (föderalistischen) Sprach- und Kulturpolitik aufgefüllt werden könnte. Eine solche Entwicklung könnte vielen peripheren und Grenzminderheiten durch Aufwertung ihres Territoriums bei gleichzeitiger Aufgabe der Grenztrennungsfunktion zugute kommen.

3) Die im neuen Jahrtausend noch existierenden europäischen Minderheiten unterscheiden sich nachdrücklich von ihrer Vorgängergeneration, die zum Teil bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts noch einsprachig in ihrer Minderheitssprache war. Heute sind längst alle europäischen Minderheitssprecher mehrsprachig und nichtsdestotrotz oft stärker motiviert als in der Vergangenheit, ihre Erstsprache als Mutter-, Schul- und Verkehrssprache beizubehalten und ihr die Sozialfunktion im Alltag zu geben, die ihr die Mehrheit aus pragmatischen, ökonomischen oder nationalistischen Motiven allzu gern absprechen will. Dank des neuen mehrsprachlichen Bewusstseins haben sich Überlebenswillige kleiner Sprachgemeinschaften aus dem Diskurs der Nachkriegszeit befreit, der durch eine einseitige Kulturförderung seitens der Mehrheit im Sinne eines Folklorismus gekennzeichnet war. Damit haben sich die zuvor angesprochenen Prognosen der Kontaktlinguistik der sechziger und siebziger Jahre – Zweisprachigkeit bzw. Mehrsprachigkeit sei zwangsläufig der Anfang vom Ende der Minderheitssprache – nicht bewahrheitet.

Was könnten – angesichts dieser Situation – die vorrangigen Aufgaben einer europäischen Sprachpolitik im Blick auf die Erweiterung der EU nach Südosten für die kleinen Sprachgemeinschaften sein?

1) Die Entwicklung eines sprachpolitischen *Trainingskonzepts für Mehrsprachigkeit*, das allen Europäern den Gebrauch ihrer Sprachen in möglichst vielen Kontexten gestattet, das beim (Mehr-)Sprachenlernen die Minderheitssprachen – statt

ausschließlich die Mehrheits- und Prestigesprachen – in den Domänen, in denen sie der sozialen und ökonomischen Kommunikation zugute kommen, fördert. Vielleicht sollte in der Bildungsplanung Europas der Begriff Fremdsprache eingeschränkter verwendet und durch Begriffe wie etwa Nachbar-, Europa- oder internationale Verkehrssprachen ersetzt werden.

Hierzu eine Bemerkung zur Verwendung des Englischen in den europäischen Sprachencurricula: Selbstverständlich gehört Englisch auf den Lehrplan aller Schulen, jedoch nicht als Englisch „only" und keineswegs auf Kosten des Erwerbs einer anderen Sprache, kurz, Englisch nicht als glottophagische Verdrängungssprache, sondern als sinnvolle Ergänzungssprache für alle Europäer.

Hieraus folgt, dass die Beherrschung der Muttersprache und der schulische Erwerb des Englischen schwerlich bereits als europäische Mehrsprachigkeit bezeichnet werden kann. Fügen wir dem hinzu, dass es längst vorbildliche Lehrpläne in Europa gibt, die jedoch, wie das luxemburgische Beispiel zeigt, von den Nachbarnationen (in diesem Falle: Belgien, Frankreich, Deutschland) wenig geschätzt werden und – aus der Sicht der Nachbarn – vermeintlich nationalpolitischen Interessen unterworfen sind.

2) Ein *Dezentralisierungskonzept* auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips stellt neben die nationale Sprachpolitik der Mitgliedsländer eine wichtige Regionalsprachpolitik, die sich offensichtlich demokratischer als eine hierarchisierende nationale Sprachgesetzgebung aus der Sprachgemeinschaftsbasis speist. Jüngste Entwicklungen wie die in Belgien und Großbritannien, teilweise auch in Skandinavien, scheinen einer zunehmenden Tendenz in Richtung Subsidiarität und damit einer weiteren europäischen Dezentralisierung im Sprach- und Kulturbereich nicht ablehnend gegenüber zu stehen.

3) Ein Konzept *positiver Diskriminierung*, das auch in den jüngsten EU-Erweiterungsländern wie Ungarn – zumindest theoretisch – in Form von Minderheitsverfassungen bereits existiert, dient kleinen und mittleren Sprachen (beispielsweise Kaschubisch und Litauisch in Polen, Deutsch in sämtlichen östlichen Erweiterungsländern, Italienisch und Ungarisch in Slowenien, Slowenisch in Ungarn) in globalisierenden und grenzüberschreitenden Zeiten als Überlebenshilfe: Minderheitssprachenförderung nicht so sehr abhängig von der Sprecherzahl, sondern Minderheiten ausgestattet mit zusätzlichen Rechten und Erleichterungen im Blick auf eine Verringerung der Diskriminierung von schwachen und/oder kleinen Sprachgemeinschaften.

Auf diese Art und Weise können Frustrationen und psychologische Gruppenkomplexe („Kollektivneurosen" wie M.-P. QUIX sie nennt – QUIX 1981: 231) von Minderheitssprechern reduziert und die eingangs beschriebene in der Vergangenheit so typische defensive Sprachattitüde in ein positives und kooperatives Überlebenskonzept für europäische Sprachen und Kulturen gewandelt werden. So ließe sich zudem die soziale Funktion von Minderheitssprachen im Alltag erhöhen, der Minderheitendiskurs bereichern und sich obendrein durch die freiwillige Kooperation

der Betroffenen im sozioökonomischen Bereich – wie François GRIN (2001) überzeugend nachgewiesen hat – das Sozialprodukt peripherer europäischer Regionen steigern.

Wenn man die Ergebnisse der jüngsten Studien zur Minderheitenproblematik in Europa (vor allem die zitierten Studien Euromosaic I, II und III) und die emanzipatorischen Teilerfolge einiger europäischen Minderheiten in Augenschein nimmt, dann liegt der Gedanke nahe, aus Eigenbelang erfolgreiche Strategien, wie sie aus Katalonien, Ladinien, von den Åland- und Faröerinseln zu uns kommen, zu übernehmen. Diese erfolgreichen Strategien und die aus dem Projekt Euromosaic hervorgegangenen Nachfolgeprojekte und Analysen weisen vor allem auf die Notwendigkeit der Stärkung des Selbstbewusstseins und des Prestiges von kleinen Sprachgemeinschaften. Neben diesem psychologischen Ansatz steht die dringend erforderliche Erweiterung der Sozialfunktion von Sprache im Alltagsleben. Beispielsweise ein sozioökonomischer Ansatz, der die Alltagsfunktion von Sprache erhöht, die Einstellung der Eltern bei der Schulsprachenwahl der Kinder beeinflusst und – im Sinne der Regionalisierungsbestrebungen der EU – Sorbien, Ladinien und Kaschubien als Grenz- und Übergangsgebiete in der Nachbarschaft großer europäischer Amtssprachen aufwertet, wird gerade aus Brüsseler Sicht im Sinne eines Europas der Regionen stark in den Vordergrund gerückt. So könnten Initiativräte der Minderheiten mit unorthodoxen Ideen und mithilfe eines in zahlreichen empirischen Untersuchungen erworbenen Erfahrungsschatzes auswärtiger Berater gebildet werden, die ein schlüssiges Konzept zur Revitalisierung vorzulegen hätten. Eine Jahrzehnte alte frustrationsbeladene Defensivattitüde könnte einer realistischen Denk- und Argumentationsoffensive der klugen Köpfe eines solchen Initiativrats Platz machen. Sicherlich würden dann die Resultate der Mehrsprachigkeitsforschung für einen großzügigeren Einsatz der positiven Diskriminierung bei europäischen Minderheiten plädieren, wobei die Vorteile für das jeweilige Minderheitenbildungssystem für sich sprechen dürften: Sprachplanung und Sprachpolitik von und für kleine europäische Sprachgemeinschaften können nicht von Brüssel aus oktroyiert werden, sondern bedürfen einer spezifischen, auf die lokalen und regionalen Besonderheiten zugeschnittenen Mehrsprachigkeitsplanung.

Literaturverzeichnis

FISHMAN, Joshua (1991): *Reversing Language Shift. Theoretical and Empirical Foundations of Assistance to Threatened Languages.* (Multilingual Matters). Clevedon.

FISHMAN, Joshua (1996): *„Language Revitalization".* In: GOEBL, H. – NELDE, P. – WÖLCK, W. – STARY, S. (Hg.): *Kontaktlinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung.* Bd. I. Berlin, S. 902-906.

GOEBL, Hans (2002): *Sprachpolitik: auch für und mit Geister- bzw. Traumsprachen?* In: NELDE, P. (Hg.): *Sprachpolitik und kleine Sprachen.* (Sociolinguistica 16). Tübingen, S. 1-15.

GRIN, François (2001): *L'économie des politiques linguistiques: vers un bilan critique.* In: DE BOT, C. – KROON, S. – NELDE, P. – VAN DE VELDE, H. (Hg.): *Institutional Status and Use of National Languages in Europe.* (Plurilingua XXIII). Bonn, S. 41-58.

NELDE, Peter (2001a): *Mehrsprachigkeit in Europa – Überlegungen zu einer neuen Sprachpolitik.* In: *Deutschunterricht für Ungarn* 16/1-2, S. 23-41.

NELDE, Peter (2001b): *Sprache im Spannungsfeld zwischen nationalem Selbstverständnis und wirtschaftlicher Integration.* In: PANAGL, O. – GOEBL, H. – BRIX, E. (Hg.): *Der Mensch und seine Sprache(n).* Wien u.a., S.191-210.

NELDE, Peter – STRUBELL, Miquel – WILLIAMS, Glyn (1996): *Euromosaic I – Produktion und Reproduktion der Minderheitensprachgemeinschaften in der Europäischen Union.* Luxemburg.

NELDE, Peter – STRUBELL, Miquel – WILLIAMS, Glyn (1999): *Euromosaic II.* Barcelona. (unveröffentlichtes Manuskript).

NELDE, Peter – DARQUENNES, Jeroen – SALMASI, Stefano – TIKKA, Marianne – WEBER, Peter (2005): *Euromosaic III.* Brüssel.

NELDE, Peter – WEBER, Peter (2001): *Minderheitenforschung in der Europäischen Union – Euromosaic als Konfliktanalyse kleiner Sprachgemeinschaften.* In: CANISIUS, P. u.a. (Hg.): *Sprache – Kultur – Identität.* Fünfkirchen, S. 255-276.

QUIX, Marie-Paule (1981): *Altbelgien-Nord.* In: URELAND, S. (Hg.): *Kulturelle und sprachliche Minderheiten in Europa.* Tübingen, S. 225-236.

Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung. (Europäische Kommission). (1996). Luxemburg.